

# Mittheilungen

der

## Oesterreichisch-Israelitischen Union.

Herausgegeben von dem Vorstande dieses Vereines.

Das monatlich einmal erscheinende Vereinsblatt erhalten die  
Vereins-Mitglieder unentgeltlich.

Zuschriften und Tausch-Exemplare erbittet man unter der Adresse:

Wien, I., Schottenring 23.

**Vereinskanzlei: I., Schottenring Nr. 23.**

---

Nr. 98.

December

IX. Jahrgang 1897.

---

## EINLADUNG

zu der am

**Mittwoch, den 22. December 1897, Abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr**

im

## RESTAURANT KHUNER

I., Schottenring Nr. 19

stattfindenden

**Vereinsversammlung der Österreichisch-Israelitischen Union.**

---

### TAGESORDNUNG:

1. Mittheilungen des Vorstandes.
2. Vortrag des Herrn Professor D. Graubart: „Das Königthum in Israel.“
3. Anträge und Interpellationen.

**Gäste, auch Damen willkommen.**

**Der Vorstand.**

---

An jene Herren Mitglieder, die bis heute den ihnen zugesandten Kalender noch nicht bezahlt haben, richten wir die höfliche Bitte, den entfallenden Betrag von 50 kr. ö. W. gefälligst einsenden zu wollen, da durch eine Eincassirung vermittlest Boten namhafte Kosten erwachsen würden. Ein Posterlagschein zur kostenlosen Uebermittlung des Betrages liegt jedem Kalender bei.



## Aus dem Protokolle

der Samstag, den 13. November 1897 abgehaltenen Vereins-  
versammlung der „Oesterr.-Israel. Union“.

Vorsitzender: Präsident Wilh. Anninger.

Schriftführer: Secretär Josef Fuchs.

Unter zahlreicher Betheiligung von Mitgliedern und Gästen, unter welchen man die beiden Vicepräsidenten der israelitischen Cultusgemeinde Dr. Alfred Stern und Landesschulrath Dr. Gustav Kohn, die Cultusvorsteher Salo Cohn, Dr. Grünfeld, von Mises und Baurath Stiassny, den Präsidenten des „Politischen Volksvereines“ Dr. Fialla u. A. bemerkte, eröffnete der Vorsitzende die Plenarversammlung in der neuen Vereinssaison und gab dem Wunsche Ausdruck, dass sich der Besuch der Versammlungen stets auf der Höhe des heutigen Abends erhalten möge.

Zunächst hielt Herr Oberrabbiner Dr. Güdemann den angekündigten Vortrag über „Die inneren Ursachen der Blüthe und des Verfalles in der Geschichte den Juden“ und erntete lebhaften Beifall, der sich erneuerte, als der Vorsitzende Herrn Oberrabbiner Dr. Güdemann den Dank der Versammlung, sowie des Vereinsvorstandes votirte. Wir sind zu unserem Bedauern nicht in der Lage, den Vortrag selbst zu bringen, da der illustre Vortragende denselben einer wissenschaftlichen Zeitschrift bereits früher zugesagt hat.

Hierauf erstattete der Vorsitzende den Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes während der Sommermonate.

Der Vorstand beschloss, die Verdienste seines Ehrenmitgliedes und früheren Präsidenten Herrn Cultusvorstehers Dr. Grünfeld durch die Anbringung eines Bildnisses im Sitzungssaale des Vorstandes zu ehren, welcher Beschluss bereits ausgeführt ist.

Zu Beiräthen des Vereines wurden ernannt die Herren: Dr. Bloch, Baurath Theodor Ritter von Goldschmidt, S. Heit, Ignaz Kantor, Landesschulrath Dr. Gustav Kohn, Universitätsdocent Dr. S. Ehrmann und der frühere Präsident Universitätsdocent Dr. Jos. Grünfeld.

Veranlasst durch eine Reihe von Verletzungen der Staatsgrundgesetze durch den n.-ö. Landtag und Stadtrath hielt der Verein im Mai d. J. im grossen Saale der Handels- und Gewerbekammer eine Protestversammlung ab, in welcher die Herren Landtagsabgeordneter Dr. Ofner, Gemeinderath Dr. Alfred Stern und der Vicepräsident des Vereines Herr Sigmund Mayer die Referate erstatteten.



Das Rechtsschutz-Comité des Vereines hatte Gelegenheit, in mehreren Angelegenheiten eine rege Thätigkeit zu entfalten. Nebst mehreren wichtigen Fällen ist es hauptsächlich das bekannte Schächterverbot der Gemeindevertretung von Rumburg, das dem Rechtsschutzbureau durch seinen Vertreter Dr. Wilhelm Pappenheim Gelegenheit gab, der Cultusgemeinde in Rumburg vor dem Cassationshofe zu ihrem Rechte zu verhelfen. Der bisherige Secretär des Rechtsschutz-Bureaus Herr Dr. Siegfried Grünfeld wurde zum Beirathe des Bureaus gewählt. Die am 24. Mai d. J. im Abgeordnetenhouse eingebrachte Interpellation des seither verstorbenen Abgeordneten Dr. Ambros Mayr bezüglich der Confessionslosigkeits-Erklärung jüdischer Mittelschüler veranlasste den Vorstand, sich mit dieser Angelegenheit eingehend zu beschäftigen.

Aus den statistischen Daten, die die Cultusgemeinde dem Vereinsvorstande bereitwilligst zur Verfügung stellte, gewann derselbe die Ueberzeugung, dass diese Sache, wie so viele andere, aus bekannten Gründen aufgebauscht wurde und beschloss, an den Cultusvorstand mit der Bitte heranzutreten, diese Daten an competenten Stelle zur Kenntniss zu bringen.

Aus dem Materiale wurde festgestellt, dass von durchschnittlich 2550 jüdischen Mittelschülern in den Jahren 1892 — 11, 1893 — 12, 1894 — 15, 1895 — 10, 1896 — 11, 1897 — 6 sich confessionslos erklären liessen. Von diesen 2550 Mittelschülern sind es im Ganzen  $1\frac{1}{2}$  Percent, welche die Note „nicht genügend“ in Religion hatten.

Auch bezüglich des Stadtraths-Beschlusses wegen Nichtvermietung eines der Commune Wien gehörigen Hauses in der Währingerstrasse an Israeliten wurde des Principes halber der Beschluss gefasst, an den Cultusvorstand mit der Bitte heranzutreten, bei der Statthalterei vorstellig zu werden, dass dieser Beschluss mit den bestehenden Staatsgrundgesetzen im crassen Widerspruche stehe. Diese Mittheilungen wurden von der Versammlung mit lebhaftem Beifalle entgegengenommen.

Namens des Vorstandes erstattete Vorstands-Mitglied Dr. S. Elias das Referat über den dritten Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zum Antrage des Vicebürgermeisters Dr. Neumayer, betreffend die Ernennung von Richtern jüdischer Confession.

Dr. Elias bekämpfte sowohl den diesbezüglichen Antrag des derzeitigen Vicebürgermeisters Dr. Neumayer, als auch die Motivirung desselben, indem er behauptete, dass die Heiligkeit des Eides zu allen Zeiten und unter allen Völkern nicht bloß lebhaft gefühlt, sondern auch klar erkannt und ausgesprochen worden ist: Nicht bloß bei dem Volke, das Gott einer ganz besonderen Offenbarung würdigte, vernehmen wir wiederholt die erschütternde Warnung: „Ihr sollt nicht falsch schwören bei meinem Namen und entheiligen den Namen Eures Gottes; denn ich bin der Herr“, sondern auch bei den Heiden, denen eine vollkommene Erkenntnis



des allein wahren Gottes abging, sehen wir den Eid bei den Götterbildern mit heiliger Ehrfurcht behandelt, den Meineid aber mit den fürchterlichsten Flüchen belegt.

Allerdings ist diese Ansicht von der Heiligkeit des Eides einem beträchtlichen Theile unserer Zeitgenossen, namentlich wenn es sich um uns Juden handelt, fremd geworden.

Die Geringschätzung des Eides hat jedoch bei uns Juden nie platzgegriffen. Denn die jüdische Religion gebietet, dass nicht blos der vor Gericht abgelegte Eid, sondern auch der im gemeinen Leben, im Verkehre mit Nebenmenschen, in unseren Gesellschaften etc. geleistete Eid heilig gehalten werden müsse.

Die Motivirung des Antrages des Dr. Neumayer, dass den Juden das Verständniss fehle, dass das religiöse Gefühl der Christen durch die Abnahme des Eides durch jüdische Richter auf das Empfindlichste und Rücksichtsloseste verletzt werde, widerlegt Dr. Elias dadurch, dass er nachdrücklichst betont, dass der Eid ein Act der Gottesverehrung sei, ganz unabhängig von der Sprache, in welcher der Eid abgelegt wird und von der Person, welche ihn abgenommen hat.

Der Referent bemerkt, dass nicht alle Arier so ungerecht über die Juden urtheilen wie Dr. Neumayer, und beruft sich auf den bedeutenden Schriftsteller Ludwig Speidl, der, um das Andenken des verstorbenen jüdischen Freundes — Ludwig Porges — zu ehren, am Allerseelentage in einem Feuilleton in gerechter, objectiver und unbefangener aber in entgegengesetzter Weise wie Dr. Neumayer über das Judenthum, über die jüdische Religion, über die Moral der Juden und insbesondere über das Buch der Bücher sich ausgesprochen hat, fügt aber zugleich den Worten Speidl's hinzu, dass auch der Talmud betreffs der Moralität nicht hinter der Bibel zurückstehe.

Dr. Elias bemerkte ferner, dass der Antrag Dr. Neumayer, sowie alle im Wiener Gemeinderathe von den Consorten Dr. Neumayer's gestellten Anträge keineswegs geeignet sind, die Juden als schlechte Menschen erscheinen zu lassen, denn gerade die durch Leiden geführten Menschen sind gewöhnlich die weisesten und besten — und dass die Juden die durch Leiden geführten Menschen sind, beweisen die ebenerwähnten Anträge, die Geschichte unseres Lebens und die Geschichte der Juden überhaupt.

Schliesslich glaubt der Referent, aus der Seele aller anständigen Juden zu sprechen, wenn er dem Wunsche Ausdruck gibt, dass der derzeitige Vicebürgermeister Dr. Neumayer sich den heiligen Eid, den er geleistet und der ihn allen Bürgern gegenüber ohne Unterschied der Confession verpflichtete, stets so vor Augen halten möge, wie jeder anständige Jude und beantragt sohin namens des Vorstandes folgende Resolution:

„Die heutige Vereinsversammlung der „Oesterreichisch-Israelitischen Union“ möge einerseits dem Vorstande der israelitischen



Cultusgemeinde in Wien für die Protestkundgebung gegen den Neumayer'schen Antrag tiefgefühlten Dank und vollste Anerkennung aussprechen, andererseits sich der von dem Vorstände der Wiener israelitischen Cultusgemeinde in der öffentlichen Sitzung vom 10. October d. J. angenommenen Resolution vollinhaltlich anschliessen. (Lebh. Beifall). Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Als erster Redner besprach Herr Bernhard Hofbauer die Ernennung von Vertrauensmännern für die neue Einkommensteuer. Herr Hofbauer sagte: Nach den neuen Steuergesetzen werden den kaiserlichen Steueradministrationen für die Erhebungen in Sachen der Einkommensteuer Vertrauensmänner aus der Bevölkerung attachirt. Die Wahl dieser Vertrauensmänner ist in die Hände der Gemeinde gelegt. Die Bezirksvertretungen von Wien waren beauftragt, eine Liste von geeigneten Persönlichkeiten in Vorschlag zu bringen. Die Vorschläge der antisemitischen Bezirksvertretungen wurden von der Majorität des Gemeinderathes genehmigt, dagegen die Listen der fortschrittlichen Bezirksvertretungen verworfen und an deren Stelle antisemitische Listen, die man sich von den „Gesinnungsgenossen“ in den betreffenden Bezirken vorlegen liess, angenommen. Die der fortschrittlichen Richtung angehörigen Steuerträger im ersten, zweiten, neunten und neunzehnten Bezirke, haben also unter den Vertrauensmännern für die Einkommensteuer keine Männer ihres Vertrauens. Redner wünscht, dass der Vorstand diese Angelegenheit in Berathung ziehe, was der Vorsitzende zusichert. Sodann übergeht Herr Hofbauer zur Besprechung der Vorgänge an der Universität und gab seinem Bedauern über die von jüdisch-nationalen Studenten provocirten Auftritte Ausdruck. Endlich erwähnt Redner die vom Abgeordneten Schneider im Abgeordnetenhause eingebrachte Interpellation, betreffend die Entführung eines kleinen Knaben durch den Kellner Grünfeld.

Zu letzterem Gegenstande nahm der ehemalige Abgeordnete Dr. Bloch das Wort. Der Redner erzählte die Entführungsgeschichte des kleinen Schestak durch den vacirenden Kellner Grünfeld und constatirt, dass auf den Klang des Namens hin sofort das Blutmärchen erzählt und verbreitet wurde, obzwar Grünfeld gar kein Jude ist, ja nicht einmal von jüdischen Eltern abstammt. Dr. Bloch erklärt, für ihn bestehe kein Zweifel, dass der Mechaniker Schneider um diesen Umstand gewusst habe, als er seine Interpellation einbrachte. Dr. Bloch behauptet auch — und er übernahm ausdrücklich die Verantwortung für die Richtigkeit seiner Angaben — dass Gesinnungsgenossen Schneider's mit Grünfeld unter einer Decke gespielt, ja dass Grünfeld den kleinen Schestak auf Anstiften der Wiener antisemitischen Agitatoren entführt habe, damit diese Gelegenheit haben, „den Juden Eins zu versetzen“, wie dies auch bei der berühmten Tisza-Eszlarer Affaire der Fall gewesen sei, wo die Antisemiten die Ester Solmossy umgebracht haben, um den Juden die Schuld in die Schuhe zu schieben.



Redner verweist auf einzelne Facten in der agitatorischen Vergangenheit Schneider's, welche Entrüstungsrufe bei der Versammlung hervorrufen, citirt auch die Zeugnisse von Päpsten, dass wiederholt unbarmherzige christliche Eltern ihre Kinder ermordeten, um die Juden des Mordes anzuklagen, und erinnert auch an die jüngsten Vorfälle in einer kleinen Stadt im Regierungsbezirke Posen und kommt zu dem Resultate, dass der Fall Schestak ein geplantes Bubenstück antisemitischer Hetzer gewesen. Dr. Bloch schloss mit den Worten: „Diesmal ist das Schelmenstück nicht geglückt, aber es ist traurig, dass solche Leute in Oesterreich Gesetzgeber sind.“ (Lebhafter Beifall.)

Herr Sternberg beantragt, es sei ein Programm aufzustellen, um den galizischen Gemeinden durch Gründung von Schulen und Leistung von Subventionen beizustehen, ferner seien Wanderprediger für Galizien zu bestellen und alle Vorbereitungen für die künftigen galizischen Wahlen zu treffen. (Wird dem Vorstande zur Vorberatung zugewiesen.)

Auf eine Bemerkung des Herrn Baumeisters Zerkowitz, dass seine Kinder bestraft wurden, weil sie an den Feiertagen ohne Entschuldigung ausgeblieben, dass ferner den Kindern das gründliche Erlernen des Hebräischen ohnehin nicht möglich sei, daher denselben die Bibel nur deutsch beigebracht werde, erwidert

Herr Landesschulrath Dr. Gustav Kohn: Die Kinder, welche an Feiertagen von der Schule ausbleiben, haben nur eine Bestätigung beizubringen, dass dies über Wunsch der Eltern geschah, eine Entschuldigung sei durchaus nicht erforderlich. Für den hebräischen Unterricht müssen in erster Linie die Eltern sorgen; der Schule ist es unmöglich mehr zu leisten, als dass im Jahre circa 100 Verse gelehrt werden.

Herr Dr. S. R. Landau: Der Verein sollte zu den Sprachenverordnungen Stellung nehmen, und zwar in der Weise, dass die Juden sich um dieselben gar nicht zu kümmern haben. Das seien die Früchte der Assimilation, wenn sich heute noch jüdische Studenten finden, die vor das Parlament ziehen, um Schönerer Ovationen darzubringen. Was sich an der Universität ereignete, mag als Ausdruck jugendlichen Ungestüms betrachtet werden, es sei aber durchaus ein edler Beweggrund, der die zionistischen Studenten leitete und es sei durchaus kein Anlass, das Bedauern hierüber auszusprechen.

Herr Hofbauer erklärt hierauf, dass er in Folge der erhaltenen Aufklärung seine Aeussierung zurückziehe.

Herr Doctorand Schalit: Wenn Herr Zerkowitz das Hebräische abschaffen will, damit der religiöse Sinn umsomehr auf andere Art gestärkt werde, so wäre es sehr beschämend, zu einem so herostratischen Mittel zu greifen. Die Unkenntnis des Hebräischen ist eine Folge der Erziehung. Statt den Knaben die grosse Tragödie des jüdischen Volkes beizubringen, wird ihnen ein Christbaum errichtet. — Die hebräische Sprache ist eines der



wenigen Bindeglieder, die uns noch zusammenhalten und dasselbe muss erhalten bleiben, damit der Jude wisse, er sei ein Jude und nicht bloß „ein Mensch mosaischer Confession.“ Es kommt weniger darauf an, dass das Gebet in der Wortsprache als dass es im eigenen Gefühl verstanden werde und dass kann nur geschehen, wenn es in unserer alten, ehrwürdigen Sprache erfolgt. Diese Sprache sagt uns: Für dieses Erbtheil haben so viele Juden ihr Leben gelassen, und wir, die wir uns eines besseren Daseins erfreuen, müssen stolz darauf sein, ein solches Erbtheil zu besitzen und zu erhalten.

Wenn die galizischen Juden unter den elenden ökonomischen Verhältnissen etwa nach Ungarn auswandern wollen, so veranlassen die ungarischen Juden die Absperrung der Grenze, und sie thuen es aus vielleicht berechtigtem Egoismus, um sich selbst zu erhalten. Dagegen gibt es nur ein Mittel. Alle europäischen Grossstaaten, ausser Oesterreich, treiben Colonialpolitik, um das überflüssige Menschenmaterial hinauszubefördern, aber unter Modalitäten, dass es nicht im neuen Lande zu Grunde gehe. Diese selbe Tactik sollten die Juden anwenden und eine Fehde von anticionistischer Seite sollte daher nicht bestehen.

Sodann erfolgte der Schluss der Sitzung.



